

## Er will arbeiten – darf aber nicht

Der staatenlose Echran Dibrani hat im Oktober die Verlängerung seines Aufenthaltstitels beantragt. Da die überlastete Ausländerbehörde der Stadt dem Lahrer diese aber bisher nicht ausgestellt hat, ist er seit Wochen in einer verzweifelten Lage.

■ Von Pascal Lienhard

**LAHR.** Echran Dibrani hat Deutschland seit seiner Geburt kein einziges Mal verlassen. „Ich bin Deutscher und liebe das Land“, sagt der 32-Jährige im Gespräch mit unserer Redaktion. Er wohne hier, zahle Steuern und Unterhalt für seine beiden Töchter. Doch aktuell bestimmen Frust, Enttäuschung und Sorge die Gemütslage Dibranis. Da die Lahrer Ausländerbehörde seinen Aufenthaltstitel bislang nicht erneuert hat, kann er seinem Beruf nicht mehr nachgehen.

Vor drei Wochen berichtete unsere Redaktion über Kritik an der Ausländerbehörde. Im Mittelpunkt eines Papiers der Sprecherinnen des Interkulturellen Beirats (IKB) standen Abläufe, die offenbar nicht effizient sind. Es häuften sich Fälle, in denen eine Arbeiterlaubnis nicht rechtzeitig verlängert werde. Das führe unter anderem dazu, dass Betroffenen der Job gekündigt werde oder sie eine Arbeitsstelle nicht antreten könnten. In dem Schreiben wurden auch Verbesserungsvorschläge genannt.

### Alle drei Monate musste er eine Duldung beantragen

Auch Dibrani ist auf die Lahrer Behörde angewiesen. Seine Familiengeschichte beginnt im damaligen Jugoslawien. Sein Vater, ein Kosovo-Albaner, kommt aus Mitrovica im Kosovo, seine Mutter aus dem serbischen Belgrad. Im Zuge des Jugoslawien-Kriegs floh die Familie 1991 aus Serbien nach Seelbach. Dort kam Dibrani zur Welt – doch hat er weder eine deutsche Staatsbürgerschaft noch die eines der jugoslawischen Nachfolgestaaten. Er ist staatenlos. Seine Eltern hätten sich leider nie darum gekümmert. „Warum, weiß ich nicht“, sagt Dibrani. Sein Vater ist vor zehn Jahren gestorben, zur Mutter hat er keinen Kontakt mehr.

Erst im Erwachsenenalter wurden Dibrani die Schwierigkeiten bewusst, die das Leben als Staatenloser mit sich bringen. Er arbeitete in Leiharbeitsfirmen, alle drei Monate musste er eine Duldung beantragen. Geändert hat sich das erst, als er einen festen Job bei der Lahrer Rubinmühle annahm.



Echran Dibrani hofft, dass die Lahrer Ausländerbehörde seinem Antrag bald nachkommt. Foto: Lienhard

Nach zweieinhalb Jahren erhielt er einen Aufenthaltstitel. „Ich war sehr glücklich“, so Dibrani. Ihm sei gesagt worden, dass die Bescheinigung verlängert werde, wenn er weiterhin arbeite.

Inzwischen ist der Lahrer bei einer Firma als Überwacher von Baustellen an Bahngleisen beschäftigt. Nachdem sein Aufenthaltstitel im vergangenen Oktober abgelaufen war, hatte er bei der Lahrer Behörde eine Verlängerung beantragt. Doch bis heute hat er nur eine sogenannte Fiktionsbescheinigung, eine Art Übergangsdokument, erhalten. Diese reiche nicht aus, um Baustellen der Deutschen Bahn zu betreten – seit Juli sei hierfür nämlich eine App notwendig, in die ein offizieller Aufenthaltstitel eingescannt werden müsse. Darum kann Dibrani seit rund ander-

halb Monaten nicht mehr arbeiten. Er habe versucht, der Behörde den Ernst der Lage verständlich zu machen, mehrere Male habe er die benötigten Dokumente eingereicht. Indes: „Bis heute ist nichts passiert.“

### Dibrani befürchtet, dass er noch länger warten muss

Der Großteil seiner Mails und auch die Anrufe beim Lahrer Ausländeramt sei unbeantwortet geblieben. Wenn er einmal telefonisch durchgekommen sei, habe man ihm gesagt, dass die Behörde überfordert sei und man nicht wisse, wann der Antrag bearbeitet werden könne. „Ich befürchte, dass das alles noch länger dauern wird“, sagt der 32-Jährige, dem nun sein Einkommen weggebrochen ist. „Ich bin gerade richtig depressiv.“ Er mache sich Sorgen, dass

er abgeschoben werden könnte (siehe Info).

Dibrani berichtet, ihm sei bereits mehrfach nahegelegt worden, sich beim serbischen Konsulat zu registrieren, um die serbische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Doch habe das Konsulat das bereits abgelehnt. Zudem will er gar nicht in dem Balkanstaat leben. „Ich bin kein Serbe und spreche die Sprache nicht“, betont er im Gespräch mit der LZ. Sein Ziel ist die deutsche Staatsbürgerschaft, die seine Töchter haben. Dieser Umstand macht ihm Hoffnung, selbst Deutscher zu werden. Rechtlich ist das tatsächlich möglich.

Als Reaktion auf die Kritik des IKB hatte die Stadtverwaltung bereits vor drei Wochen erklärt, dass man in den vergangenen Jahren immer wieder strukturelle und personelle

Optimierungen unternommen habe, um auf die steigenden Anforderungen für die Ausländerbehörde zu reagieren. Zudem erklärte Oberbürgermeister Markus Ibert, man werde die Anregungen der Sprecherinnen prüfen und den Austausch mit dem IKB fortsetzen.

Was ist seitdem geschehen? Es habe mittlerweile ein „konstruktives Gespräch“ mit dem Ersten Bürgermeister Guido Schöneboom stattgefunden, heißt es auf Nachfrage aus dem Rathaus. Für den Augenblick sei abzuwarten, welche Verbesserungen die bereits angestoßenen organisatorischen Veränderungen bewirken könnten. Hier nennt die Stadt die Umverteilung von Aufgaben innerhalb des Sachgebiets, die Einrichtung einer neuen Stelle, die der Gemeinderat im Juli beschlossen hat, und die Auslagerung der Asylstelle in die Schillerstraße 16.

### Die Verwaltung spricht von einem „regen Austausch“

Und was sagt die Stadt zum Fall Echran Dibrani? „Aus datenschutzrechtlichen Gründen können und möchten wir keine personenbezogene Auskünfte erteilen“, betont die Verwaltung. Immerhin: Das Rathaus versichert, mit dem Betroffenen „im regem Austausch“ zu stehen.

→ KOMMENTAR

### Staatenlosigkeit

Staatenlose sind Menschen, die über keine Staatsbürgerschaft verfügen, sie werden von keinem Staat geschützt. Staatenlosigkeit ist nicht völkerrechtswidrig. Genaue Statistiken zur Anzahl Staatenloser liegen bislang noch nicht vor. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UHNCR) spricht aber von weltweit einigen Millionen. Laut Staatenlosenübereinkommen ist Deutschland dazu verpflichtet, die Einbürgerung von Staatenlosen zu erleichtern. Laut eines UN-Übereinkommens können Staatenlose schutzbedürftiger sein als sonstige Ausländer. Eine Abschiebung Staatenloser ist in Deutschland mangels aufnahmebereiter Staaten – in aller Regel – nicht möglich.

### Kommentar



Von Pascal Lienhard

## Es muss schnell besser werden

Eine funktionierende Behörde ist essenziell.

Dass es bei der Ausländerbehörde Veränderungen braucht, ist spätestens seit der Kritik des Sprecherinnen des Interkulturellen Beirats Ende Juli bekannt. Klar ist, dass es eher um Strukturelles und die ständig wachsende Arbeitsbelastung geht und nicht die Mitarbeiter das Problem sind. Die Schicksale von Menschen wie dem Lahrer Echran Dibrani zeigen, was die Schwachstellen innerhalb der Behörde für konkrete persönlichen Auswirkungen haben. Es geht um nicht weniger als Existenzen. Daher war es überfällig, dass sich die Stadtverwaltung der Thematik annimmt. Auch, dass es bereits ein Gespräch zwischen Sprecherinnen des Beirats und Bürgermeister Guido Schöneboom gegeben hat und erste organisatorische Veränderungen angestoßen wurden, macht Mut. Klar ist aber auch, dass das Rathaus die Entwicklungen weiter im Auge behalten muss. Nicht zu Unrecht ist Lahr stolz auf seine Einwohner aus vielen verschiedenen Nationen, gerne wird die kulturelle Vielfalt mit Events wie dem Fest der Kulturen gefeiert. Doch wenn sich gleichzeitig Menschen, die auf die Ausländerbehörde angewiesen sind, über mangelnde Effizienz beklagen, passt das nicht ins Bild. Echran Dibrani und den weiteren Betroffenen ist zu wünschen, dass nun Bewegung in ihre Anträge kommt. Denn klar ist auch: Das Land braucht Arbeitskräfte. Und wenn diese ihren Berufen nicht nachgehen können, läuft etwas gehörig schief.

### Im Notfall

**Polizei:** 110  
**Feuerwehr, Rettungsdienst, Notarzt:** 112  
**Krankentransport:** 0781/19222  
**Gift-Notruf:** 0761/19240  
**Telefon-Seelsorge:** 0800/1110111

### APOTHEKEN

Lamm-Apotheke Lahr, Lammstraße 3, Telefon 07821/996600;  
 Schloss-Apotheke Rust, Karl-Friedrich-Straße 6, Telefon 07822/865170

### ÄRZTE

**Bundesweiter ärztlicher Bereitschaftsdienst:** 116 117  
**Fahrdienst** (ärztliche Hausbesuche): 116 117  
**Medizinisches Versorgungszentrum Ettenheim:** 8 bis 18 Uhr, Telefon 07822/788930

### KRANKENHÄUSER

**LaHR:** 07821/93-0  
**Herzzentrum:** 07821/925-0

### Redaktion

**Stadredaktion LaHR**  
**Telefon:** 07821/2783-142  
**Telefax:** 07821/2783-150  
**E-Mail:** stadt@lahrer-zeitung.de  
**Abo-Service:** 07821/2783-136

## „Falscher“ Polizist will Bankkundin hereinlegen

Die Lahrer Volksbank warnt vor Betrügnern. Sie rät dringend, sich nicht am Telefon von Unbekannten unter Druck setzen zu lassen.

**LAHR.** Die Volksbank LaHR macht auf eine aktuelle Betrugsmasche aufmerksam, bei der sich Täter am Telefon als Polizisten ausgeben. Die Angerufenen sollen dazu gebracht werden, hohe Beträge von ihrem Konto abzuheben. Den Bankbeschäftigten sollen nicht sagen, wofür das Geld benötigt wird oder einen frei erfundenen Grund nennen. Solche Fälle hätten sich zuletzt gehäuft, heißt es.

In einem aktuellen Fall wurde eine Kundin der Lahrer Volksbank von einem angeblichen Polizisten kontaktiert, der vorgab, gegen einen Bankmit-

arbeiter zu ermitteln. Die Frau wurde aufgefordert, Geld abzuheben und als Vorwand gegenüber der Bank eine frei erfundene Geschichte – etwa eine Renovierung bei der Tochter – zu nennen. Allerdings wurde die Kundin misstrauisch, fiel nicht auf den Betrug herein, sondern verständigte die Polizei.

Solche Anrufe seien von großer krimineller Energie getrieben und setzen auf psychologischen Druck. Zudem werde oft verlangt schnell zu handeln, betont die Volksbank LaHR. Das Kreditinstitut bittet die Bevölkerung um erhöhte Aufmerksamkeit und weist darauf hin,



Senioren werden oft Opfer von Schockanrufen. Symbolfoto: Pedersen

sich von solchen Anrufen nicht verunsichern zu lassen und das Gespräch sofort abzubrechen. Der Rat gehe insbesondere an Senioren, die oft im Visier von Betrügnern stehen. Umso wich-

tiger sei es, in den Familien und im Freundeskreis über diese Betrugsmasche zu sprechen. Auch die Volksbank-Mitarbeiter seien für Fragen da, unter Telefon 07821/2720.

Echte Polizisten würden niemals am Telefon dazu auffordern, Bargeld abzuheben oder Überweisungen vorzunehmen, wird in der Bankmitteilung betont. Grundsätzlich dürfe man nie vertrauliche Informationen wie Kontodaten, Geheimzahlen oder Passwörter am Telefon weitergeben. Verdächtige Gespräche sollten sofort beendet und die örtliche Polizei unter einer offiziellen Telefonnummer angerufen werden. „Jeden Verdachtsfall umgehend der Hausbank und der Polizei melden“, lautet deshalb der abschließende Appell der Lahrer Volksbank red/sl.